Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 388. **Halle a. S., Mittwoch, den 19. August** **1908.**

Die Budgetbewilligung.

In einer sehr ruhigen und verständigen Weise wird in den „Sozialistischen Monatsheften" vom Herausgeber derselben, Dr. Bloch, die Frage der Budgetbewilligung seitens der Sozialdemokratie behandelt. Bloch wendet sich gegen das wilde Gebahren des „Vorwärts", wenn er auch die „Geheimniskrämerei" der Süddeutschen nicht für nötig hält, und er sagt dem Parteivorstand ins Gesicht, er hätte bei der Affäre „etwas mehr Ruhe und Ueberlegenheit" zeigen sollen. Dann fährt er fort:

„Die Frage, ob in der Sache selber, in der Budgetbewilligung, ein Disziplinbruch vorliegt, wird zu verneinen sein. Die Ansicht scheint begründet, daß die Motive dieser Abstimmungen unter die in Lübeck vorgesehenen Ausnahmen fallen ... Als eine Partei, die auf dem in Deutschland einzig möglichen, dem verfassungsmäßigen und gesetzlichen Weg die Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinn anbahnen will, die also an einer Reihe von Institutionen unseres Staatswesens interessiert ist, deren Ausbau sie selber mit allen Kräften betreibt, kann die Sozialdemokratie vernünftigerweise nicht die Mittel verweigern, die für eben diese Institutionen notwendig sind. Dies einmal vorausgesetzt, liegt eigentlich kein Anlaß vor, sich bei der Gesamtabstimmung über den Etat anders zu verhalten als bei einer Gesamtabstimmung über ein anderes Gesetz. Die Partei pflegt da stets kühl nachzurechnen, ob die Vorteile des Gesetzes die Nachteile überwiegen oder umgekehrt, und dann entsprechend Ja oder Nein zu sagen. Dasselbe auf den Etat angewandt, würde eine verschiedene Abstimmung in den einzelnen Bundesstaaten ergeben und den süddeutschen Genossen durchaus die Möglichkeit lassen, nach pflichtgemäßer Erwägung, wenn auch mit Reserve, in einer Reihe von Fällen dafür zu stimmen. Freilich schreibt man in unserer Partei nach alter Gewöhnung gerade der Budgetabstimmung eine ganz besondere demonstrative Bedeutung zu: sie soll unsere prinzipielle Stellung der Regierung und womöglich der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber zum Ausdruck bringen. Ganz abgesehen davon, daß das Mittel der Budgetverweigerung in konstitutionell regierten Staaten diese Bedeutung nicht haben kann, fragt es sich auch, ob diese symbolische Verweigerung wirklich die ihr zugeschriebene Wirkung hat. Bei der ganzen Art, wie die Gesamtabstimmungen faktisch in den Parlamenten vorgenommen werden, ist das recht zweifelhaft. Alles, was stereotyp ist, ermüdet und wird schließlich nicht beachtet, weil man ihm eine konkrete Bedeutung im Einzelfall nicht beimißt. Für eine schimärische Demonstration dürfte man aber nicht ein Stück politischen Einflusses opfern, daß man als Sachwalterin der Arbeiterklasse gar nicht berechtigt ist, preiszugeben. Man bringt sich auch um die Früchte seiner eigenen Arbeit, gibt den Gegnern einen eigenen Anlaß, die Sozialdemokratie von der parlamentarischen Gleichberechtigung auszuschließen und mindert so die eigene Kraft." — —

Alle diese Argumente sind so schlagend, daß gerade deswegen die Unentwegten der Partei sich besonders schmerzlich getroffen fühlen werden. Eine äußerst bittere Pille gibt Bloch noch zum Schluß den Radikalen mit dem folgenden sarkastischen Satz: „Die Budgetbewilligung ist ebensowenig eine staatsmännische Großtat wie die Budgetverweigerung eine revolutionäre Heldentat ist. Sie ist nur eine Sache des selbstsicheren politischen Takts." — Da auf diesen Takt aber die Parteidoktrinäre gern und willig verzichten, so kann eben das Budget nicht bewilligt werden — quod erat demonstrandum!

*

Die Schwenkung der süddeutschen Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Wahlkreiskonferenz des Kreises Worms erklärte sich einstimmig mit der Haltung der bayerischen und badischen Landtagsabgeordneten in der Budgetfrage einverstanden.

„Heldenverehrung".

Deutschland hat einen neuen Helden. Oder wenigstens Groß-Berlin hat ihn. Seit sich am Sonntag die Tore der Freiheit dem Schuhmacher Wilhelm Voigt öffneten, ist die Kopfstraße in Rixdorf, wo die Schwester des berühmten Mannes mit Licht und Seife handelt, das Ziel sehnsüchtiger Pilgrimschaft für Tausende unserer Mitbürger. Im Auto und im Wagen, mit der Elektrischen und, wenn sie das Glück haben, in Gehweite zu wohnen, per pedes ziehen sie nach dem wenig anmutigen Vorort im Süden der Riesenstadt, um ihm, der zu Köpenick Hauptmann war, ihre Verehrung zu bezeugen. Und wer nicht selber kommen kann, weil er zufällig zu arbeiten hat, der schreibt oder telegraphiert. Oder lädt den illustren Zeitgenossen auf sein Landgut und sendet ihm in Speise und Trank kräftigende und leckere Sachen.

Man kann mit dem alten Mann Mitleid haben: wir selbst haben es mit ihm und sogar in beträchtlichem Maße. Ohne Frage ist Voigt von Haus aus kein schlecht gearteter Mensch und sicher ist ihm in seinem Leben böse mitgespielt worden: bei seiner erstmaligen Verurteilung von der Justiz; später, als sie ihn mit ihrer Polizeiaufsicht und ihren Recherchen wie ein wildes Tier von Ort zu Ort jagten, von unserer herzensharten, weil schematischen Verwaltung. Aber: est modus in rebus. Man kann es verstehen, wenn eine Dame, die es dazu hat, dem Alten, um seine paar letzten Lebensjahre sicher zu stellen, ein bescheidenes Legat aussetzt. Das ist ihm zu gönnen und es ist menschlich schön dazu. Aber der Kultus, den sie mit ihm nun treiben, ist widerwärtig und kann — das soll doch ruhig ausgesprochen werden — in jedem Belang nur verwirrend wirken. Ist unser Volk denn wirklich so hysterisch geworden, daß ihm der Sinn für die Nüancen ganz abhanden kam? Daß es, wo auch immer, sich gleich orgiastisch erhitzen und übernehmen muß! Wie will die Nation noch große Taten ehren, wenn sie Wilhelm Voigt, der im kecken Handstreich den Köpenickern ihren Stadtsäckel abnahm, schon ehrt wie einen ihrer besten Söhne?

55. Deutscher Katholikentag.

(Telegraph. Bericht unserer Korrespondenten.)

S. u. H. **Düsseldorf**, 18. August.

Der heutige dritte Haupttag der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands brachte zunächst die Generalversammlung des Volksvereins für das kathol. Deutschland, der großartigen Arbeiter-Organisation des Zentrums, der bei den Wahlschlachten stets eine ausschlaggebende Rolle zufällt.

Von nicht enden wollendem Beifall der Versammlung begrüßt ergriff Kardinal-Erzbischof Dr. Fischer das Wort. Er dankte für die Einladung zur heutigen Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, weil er wisse, welche große Bedeutung der Volksverein habe, und weil er mit Dank konstatieren möchte, wie Vieles der Verein bisher schon geleistet habe. Der Volksverein sei das kostbare Erbe des großen seeligen Windthorst. (Stürm. Beifall.) Der Volksverein habe sich freiwillig in den Dienst der Kirche gestellt. Er wolle von seiner Stelle aus auch an dem großen Werke mitwirken, dem die amtlichen Vertreter der Kirche, die Bischöfe und Priester obliegen. Er wolle mitwirken, dem katholischen Volke in den Gefahren der Jetztzeit den Glauben zu erhalten und die katholischen Grundsätze hineinzutragen in das öffentliche Leben, namentlich in das soziale Leben. Das schließe freilich nicht aus, daß in gewissen Dingen, wo es notwendig und nützlich erscheine, man auf dem politischen und sozialen Gebiete Hand in Hand mit Andersdenkenden gehe, die gegen die Grundsätze und Bestrebungen des Umsturzes aufzutreten gewillt seien. Der Kardinal schloß mit dem Wunsche, daß der Volksverein, der sich bisher so großartig entwickelt habe, auch ferner vorwärts kommen möge. Er danke allen, die sich bemühten, namentlich den vielen Priestern, die sich in den Dienst des Volksvereins gestellt hätten und vor allem dem Vorstande des Vereins, dem das Wohl des Volkes, besonders des arbeitenden Volkes so sehr am Herzen liege. (Stürm. Beifall.) Hierauf erteilte Kardinal Dr. Fischer der Versammlung, die niedergekniet war, den erzbischöflichen Segen.

Darauf führte Reichtagsabgeordneter Gröber (Heilbronn) in längerer Rede folgendes aus: Wir leben in einer Zeit des ernsten Kampfes, und da gibt es viele Männer und Frauen, welche die Hände über dem Kopf zusammenschlagen über die fortgesetzten Angriffe gegen Religion, Sittlichkeit und Wirtschaftsordnung. Aber sie tun nichts dagegen. Wir halten diesen Kampf für eine große Aufgabe, die uns der Herrgott gestellt hat. Wir klagen also nicht, sondern wir sind alle bereit, die uns gestellte Aufgabe nach besten Kräften zu erfüllen. Dazu ist der Volksverein für das katholische Deutschland in erster Linie berufen. Die Organisation ist das Schlagwort der modernen Zeit. Das haben wir deutschen Katholiken längst erkannt. Deshalb schafften wir uns schon vor 40 Jahren die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands und den Volksverein. Der wirtschaftliche Liberalismus ist, Gott sei Dank, im Prinzip überwunden. (Lebhafter Beifall.) In erster Linie ist das geschehen durch die ständige, geschlossene, zielbewußte Arbeit

---

Feuilleton.

Die Reformbedürftigkeit der akademischen Gerichtsbarkeit.

Ein altehrwürdiges Sinnbild akademischer Freiheit ist die akademische Gerichtsbarkeit. Mit dem Aufkommen des modernen Staates jedoch, der keinen Staat im Staate dulden kann und will, hat die sogenannte akademische Freiheit ihre wesentliche Bedeutung eingebüßt. Die Ideen des Verfassungsstaates mit dem Grundsatze der Gleichheit aller vor dem Gesetz ließen die akademische Gerichtsbarkeit als ein unhaltbares, unzeitgemäßes Ueberbleibsel aus vergangenen Tagen erscheinen, und es ist ein schon längst fast allgemein geforderter Schritt, schreibt Dr. Paul Szymank-Rostock in einer kürzlich erschienenen Broschüre „Die Reformbedürftigkeit der Gesetzgebung für Studierende", daß man diese Einrichtung überall abschafft. Doch hat man hier die letzten Konsequenzen noch nicht gezogen: es wurde eine Ausnahmegesetzgebung für den Studenten geschaffen. Daß eine solche aber immer etwas Mißliches an sich hat, wird jeder einsehen, der selbst einmal akademischer Bürger gewesen ist. Es haben denn auch allerorten Bewegungen und Auflehnungen gegen die akademischen Disziplinargesetze, besonders in letzter Zeit, stattgefunden. Dieser Umstand legt nahe, die Gesetze für die Studierenden einer genauen Prüfung zu unterziehen. Zwei Fragen sind es vor allem, die sich dem unbefangenen Kritiker hierbei aufdrängen. Erstens: Hat eine besondere Disziplinargesetzgbung für die Studenten überhaupt eine Berechtigung? und zweitens: Ist die bestehende Gesetzgebung zeitgemäß?

Das Wesen der deutschen Hochschulen schließt in sich, alles, was ihren Aufgaben entgegenarbeitet, aus dem Leben ihrer Studierenden zu entfernen. Dazu kommt, daß die Summe, die der Staat zur Ausbildung des einzelnen Studenten aufwendet, ganz bedeutend ist und jener infolgedessen ein verständliches Interesse daran hat, daß das aufgewandte Kapital auch die von ihm dafür erwarteten Früchte zeitigt. Daher ist es durchaus verständlich, meint Szymank, wenn der Staat sich durch Vermittelung der Hochschulbehörde die Handhabe zu einem vorbeugenden Eingreifen sichern will, auch wo das Strafgesetz ein solches ausschließt. So wirken Hochschulinteresse und Staatsinteresse auf eine gewisse Absonderung des Studenten von der übrigen bürgerlichen Welt in rechtlicher Beziehung hin, nicht jedoch, ohne heftigen Widerstand zu finden. Die Debatten im preußischen Landtag bei Beratung des Disziplinargesetzes von 1879 sind überaus charakteristisch für die beiden sich bekämpfenden Richtungen. Für eine weitgehende Einschränkung der studentischen Freiheit sprachen sich damals u. a. Theodor Mommsen und Heinrich von Sybel aus. Beide betonten vor allem den Erziehungscharakter der Universitäten, und der Regierungskommissar Dr. Göppert faßte die Ansicht dieser Richtung in epigrammatischer Kürze in folgendem denkwürdigen Satze zusammen: „Der Student verzichtet eben auf einen Teil der völligen Ungebundenheit des reinen Privatmannes, wenn er sich immatrikulieren läßt."

Die entgegengesetzte Richtung vertrat der Abgeordnete Langerhans. Er meinte, es gebe doch unter den Studenten gar manchen, der äußerlich und innerlich mündig sei. Ein solcher solle nun in Beziehung auf das, was er im öffentlichen Leben täte, vollständig von der Disziplin der Universität abhängen? Das sei in der Tat Bevormundung. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Abgeordnete Löwenstein.

Ein bedeutender Schritt vorwärts ist in dieser Hinsicht durch die neue Reichsvereinsgesetzgebung geschehen, die jeden Deutschen vom 18. Lebensjahre an die Teilnahme an Vereinen und öffentlichen Versammlungen gestattet. Es müßten, oberflächlich betrachtet, für die Studenten nun die bürgerlichen Gesetze völlig ausreichen, aber man muß doch zugeben, daß die Stellung der Studenten eine andere ist als die ihrer Altersgenossen. Sie liegt entschieden im Schatten eines gewissen Patriarchalismus und seine Sondergesetzgebung ist vorläufig noch ein wichtiger Faktor in unserm akademischen Leben. Aber man muß doch fordern, daß die Disziplinargesetzgebung für Studenten im Einklang mit dem herrschenden Zeitgeist steht und in allen den Punkten, wo sie rückständig erscheint, den nötigen Aenderungen unterworfen werde.

Jetzt erhebt sich die Frage: Sind die bestehenden Disziplinargesetze zeitgemäß? Erstens: die Bestimmungen über die Immatrikulation. Sie sind nicht präzise genug gefaßt. Sie können immerhin einem Wohl- oder Uebelwollen entgegenkommen. Allein die bayerischen und hessischen Universitätsgesetze machen hierin eine Ausnahme, es sei denn, daß man die Rostocker Bestimmungen noch zu den Ausnahmen rechnet, die mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit verkünden: „Ein Recht auf Immatrikulation hat niemand!" Auf die an den verschiedenen deutschen Universitäten verschieden lautenden Disziplinarstatuten näher einzugehen, erübrigt sich, da sie in ihrer Zopfigkeit sich selber richten. Charakteristisch für den Geist dieser Gesetze sind auch die Strafen, die sie festsetzen. Veraltet erscheint uns u. a. der sogenannte Verweis, während uns die nicht allgemein üblichen Geldstrafen schon eher dem modernen Geiste zu entsprechen scheinen. Nicht mehr allgemein im Gebrauch ist die Karzerstrafe, die als letztes Ueberbleibsel aus den Tagen der akademischen Gerichtsbarkeit bezeichnet werden kann. Sie besteht nur noch an den Universitäten mit Ausnahme von Gießen und Straßburg, an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe und Stuttgart, an der Tierärztlichen Hochschule zu Hannover und Stuttgart, an der Forstlichen Hochschule Aschaffenburg und an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Hohenheim. Als eine völlig unzeitgemäße und das moderne Rechtsgefühl

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080819021/fragment/page=0001

der deutschen Katholiken und des Volksvereins. (Lebhafter Beifall.) Der wirtschaftliche Liberalismus hatte als oberstes Gesetz die wirtschaftliche Freiheit nach jeder Richtung hin, selbst bis zur

Wucherfreiheit

proklamiert. (Pfui-Rufe.) Dieses oberste Prinzip des Liberalismus ist, Gott sei Dank, längst überwunden. Was die liberalen Theoretiker und Praktiker gepredigt haben, ist längst als eitel Wind erkannt worden, und der Arbeit des großen Sohnes der Stadt Düsseldorf, August Reichenspergers, ist es in erster Linie zu danken, daß wir ein Gesetz gegen den Wucher erhielten. Der Liberalismus hatte ferner die alten Zünfte mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Wir dagegen haben uns bemüht, die Innungen zu schaffen und haben auch den kleinen Befähigungsnachweis herbeigeführt. Damals rief ein liberaler Abgeordneter im Reichstage aus: Bis hierher und nicht weiter! Das deutsche Volk habe aber damals in Bezug auf den Liberalismus gesagt: Bis hierher und nicht weiter! (Heiterkeit und Beifall.) Und den liberalen Professoren, welche Bücher über das Wirtschaftsleben schreiben wollten, habe das deutsche Volk gesagt: Erst wollen wir leben, und dann könnt Ihr schreiben. (Heiterkeit und Beifall.) Die Organisation muß aber noch weiter ausgebaut werden. Erfreulich sei es, so führte der Redner aus, daß auch die Industrie neuerdings dem Gedanken der Organisation näher getreten sei. Die Kartelle seien allerdings unter Umständen als bedenklich zu bezeichnen. Auf der andern Seite könnten sie aber doch zur Lösung großer sozialer Schwierigkeiten beitragen. Deshalb stelle sich das katholische Volk nicht gegen sie.

Zum Schluß der Versammlung sprach Prof. Dr. Meyers (Luxemburg) über die Stellung der Katholiken zur

modernen Kunst und Literatur.

Wo könnte man, so führte der Redner aus, mit größerer Berechtigung über die Stellung der Katholiken zur modernen Kunst und Literatur reden, als in dem bewährten Zentrum künstlerischer und literarischer Tätigkeit, wie es Düsseldorf und die grandiose diesjährige Katholikenversammlung sei. An die Kunst und Literatur trete der Katholizismus weitherzig und hochsinnig wie die Kirche selbst heran, nicht zu einem Werke der Trennung, sondern der gemeinsamen Arbeit mit allen wahren Literatur- und Kunstfreunden. Zuversichtlich und hoffnungsfreudig blicke der Katholizismus auf die moderne Kunst und Literatur. Denn der christliche Gedanke mit seinem verborgenen Gotteskräften, mit seinem alle Talente zur Mitarbeiterschaft auffordernden Programm müsse noch einmal der Träger eine großen Kunstepoche werden können. So habe der Katholizismus den festen Glauben an die Zukunft einer großen Kunst und Literatur der neuen Zeit. Notwendig sei im Lande des Fortschritts selbverständlich die weise Anpassung an die neue Zeit. Denn eine große Strömung in der Jetztzeit verweise ausschließlich auf die materiellen Interessen des Lebens. Dem Volke der Denker und Dichter drohe Gefahr in der Aera der Technik und Naturwissenschaften. Der geistig gerichtete Mensch schaue deshalb aus nach Mächten, die der mechanisierenden Tätigkeit ein Gegengewicht bieten könnten, und eine durch zwei Jahrtausende bewährte Helferin trete ihm entgegen in der christlichen Weltanschauung und in der katholischen Kirche. (Lebh. Beifall.) Mit der abgeklärten Ruhe und Sicherheit, die ein höherer Standpunkt gewähren müsse, erscheine sie auch demjenigen als mächtigste und erprobteste Trägerin von Kunst und Literatur, der außerhalb ihrer Gemeinschaft stehe. (Lebh. Beifall.) Zunächst sei es notwendig, daß man sich vor einem handwerksmäßigen Kopieren verbrauchter Stilformen und Typen hüte und der freischaffenden Künstlerpersönlichkeit Raum gebe, Nur daß es Kunst sei, was uns geboten wird, echte persönliche Kunst, die dem religiösen Gedanken und dem christlichen Streben entspricht, fordern wir. (Lebh. Beifall.) Der Redner richtet an die deutschen Katholiken die Aufforderung, die großen Schriftsteller und Künstler zu ehren und eine Kunsterziehung in Schule und Haus durchzuführen. Vor allem sollten die Achtung vor der Vergangenheit und die Hellighaltung des bisher erworbenen Kapitals an oberster Stelle stehen. Prof. Meyers erörterte dann die Geschichte der modernen Kunstbewegung, die vielfach den Glauben an Gott verloren habe und deshalb nicht mehr führend sein könne." Nicht Schönheit, sondern Wahrheit lautet die Parole," welche die jüngste Generation ausgegeben habe. Das sei ein falscher Grundsatz. Denn Wahrheit und Schönheit lasse sich vereinen. Zum Schluß wandte sich der Redner einer Betrachtung der modernen Literatur zu und richtete dabei einen Gruß und Dank aus an den bewährten Führer Roeren, den Arminius im Kampfe gegen die Unsittlichkeit, der den Schild halte über deutschen Hauses Ehre und deutschen Hauses moralische Größe. (Lebh. anhaltender Beifall.) Der Redner schließt seine Ausführungen mit einer Huldigung für Rom und den Papst. (Lebh. Beifall.)

Ostelbische Zustände.

Im Pommerschen Landkreise Grimmen, (verwaltet vom Sohne des Oberpräsidenten der Provinz Pommern, dem Landrat Frhr. v. Maltzahn), hat sich folgendes Intermezzo zugetragen: Der Magistrat von Grimmen verklagte einen Bürger der Stadt, der von ihr Baugrund erworben, aber die Bedingungen — er sollte binnen 5 Jahren ein bis zwei Wohnhäuser errichten, um dem Wohnungsmangel zu steuern — nicht erfüllt hatte. Und das hatte seinen Grund darin: den Baugrund, um den sich jetzt der Rechtsstreit dreht, erwarb eines Tages der Kreis, um den völlig ausreichenden landrätlichen Garten, der nicht „standesgemäß" sein sollte, zu erweitern. Dabei ist hervorzuheben, daß das landrätliche Wohnhaus, sehr hübsch mitten in einem schönen Garten gelegen, 100 000 Mark gekostet hat und daß Herr v. Maltzahn nur 600 Mark Miete an den Kreis zahlt. Die Stadt Grimmen bestreitet nun die Berechtigung zur Existenz des vergrößerten landrätlichen Ziergärtleins und hat, wie schon gesagt, den Klageweg beschritten, weil der größere Kommunalverband, zu dem sie gehört, sie an der Durchführung ihrer kommunalen Pflichten verhindert, trotzdem der Vorsitzende des Bezirksausschusses zu Stralsund, der Regierungspräsident, die Berechtigung der Veräußerung geprüft und diese gestattet hatte. Der Regierungspräsident aber ist der nächste Dienstvorgesetzte des Landrats! Weiter: Auf Grund des § 176, Nr. 8 der Kreisordnung unterliegt der Haushaltsplan des Kreises Grimmen der Genehmigung der Minister der Finanzen und des Innern. Der Minister des Innern ist der höchste Dienstvorgesetzte des Grimmer Landrats! Und noch eins: Die Mittel zum Ankauf jenes landrätlichen Ziergärtchens in Höhe von 3260 Mark hat man sich erlaubt, aus dem — Wegebaufonds des Kreises zu entnehmen, wie aus der amtlichen Bekanntmachung des Grimmer Kreiswochenblattes hervorgeht. Bekanntlich ist in Kreisen, wie es der Grimmer ist, der Wegebau die vornehmste Aufgabe der Kommune. Wege sind hier nötig wie das liebe Brot. Sie sind die Voraussetzung für die Hebung der Kultur. — — Was lehrt der Fall? Erstens, wie harmonisch die Dienstaufsicht in Preußen gehandhabt wird, und zweitens, daß das Verwaltungs-Regime in Preußen zu „keinerlei Beschwerden" Anlaß gibt: — Drum, sei still Schücking! — —

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Die Hochzeit des Prinzen August Wilhelm wird, wie nunmehr feststeht, am 22. Oktober d. J. stattfinden, und zwar wird die Braut, Prinzessin Alexandra Viktoria zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, bereits am 20. Oktober in Berlin eintreffen und mit ihrer Mutter im Schloß Bellevue Wohnung nehmen.

Prinzengespräche.

Der „Pester Lloyd" läßt sich aus München melden, daß der deutsche Kronprinz mit dem in der bayerischen Armee stehenden Prinzen Ernst August von Cumberland eine einstündige Konferenz hatte. Die politisch interessante Konferenz werde mit der bevorstehenden Lösung der braunschweigischen Frage in Verbindung gebracht. —

Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Unterredung der beiden Prinzen wohl nicht als „Konferenz" bezeichnet werden darf. Und was die auch hier wieder hineingezogene braunschweigische Frage anbetrifft, so haben wir bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die braunschweigische Frage gelöst ist und daß eine anderweite Lösung nicht zu erwarten ist.

Das Ende der Posadowskyschen Kandidatur.

Entgegen unserer im heutigen Morgenblatt der „Saale-Ztg." geäußerten Meinung haben die Ultramontanen des Wahlkreises Speyer-Ludwigshafen-Frankenthal jetzt doch die von den Liberalen vorgeschlagene Kandidatur Posadowsky — abgelehnt. Denn, so bemerkt das klerikale Wahlkomitee des Kreises in seinem Organ, der „Pfälzer Ztg.", tiefsinnig: „Die Blockpolitik darf man nicht unterstützen, selbst wenn ein Graf Posadowsky gewählt werden soll, denn auch er kann, selbst wenn er fraktionslos bleibt, doch nur im Rahmen der Blockpolitik in Berlin wirken." Nach dieser Auffassung des ultramontanen Organs ist an einem Sieg der Sozialdemokraten wohl nicht zu zweifeln.

Lloyd Georges Besuch in Berlin.

Zu dem bevorstehenden Besuch des englischen Ministers Lloyd Georges in Berlin ist in der Presse behauptet worden, der Minister käme mit Vorschlägen zu einer Verständigung über die Beschränkung der Flottenrüstungen. Die „K. N. N." (Generalanzeiger für Schleswig-Holstein) halten es für notwendig, diese Behauptung als „unzutreffend" zu bezeichnen. (Dazu braucht sich das Blatt gar nicht erst an „diplomatischer Stelle" zu erkundigen.) Lloyd Georges hat vor seiner Abreise von England die deutsche Reichsregierung lediglich verständigt, daß er auf seiner Rückreise von Karlsbad nach Berlin kommen werde, um sich über unsere sozialpolitische Gesetzgebung, besonders die Arbeiter-Versicherung, zu unterrichten. Er wird daher dienstlich in erster Linie mit dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und dem Unterstaatssekretär Wermuth zu tun haben.

Verband der Postunterbeamten.

Die von uns schon gemeldete, sich über das ganze Reich erstreckende Verbandsgründung der Post- und Telegraphenunterbeamten kam den maßgebenden Kreisen innerhalb der Postverwaltung vollständig überraschend! Die Unterbeamten sind jetzt gespannt, welche Stellung ihre oberste Postbehörde der neuen Vereinigung gegenüber einnehmen wird. Noch vor wenigen Monaten verhielt sich der Staatssekretär Krätke allen Anregungen gegenüber ablehnend. Jetzt, wo die Verwaltung vor die vollendete Tatsache gestellt wird, wird ihr schwerlich etwas anderes übrig bleiben, als ihre Sanktion zu erteilen. Schwerlich wird die Verwaltung zu dem v. Podbielskischen Radikalmittel der Unterdrückung zurückgreifen. Was vor 10 Jahren noch möglich war, ist heute schon nicht mehr durchführbar. Mindestens würde eine derartige Maßnahme das ohnehin wenig erfreuliche Verhältnis des Staatssekretärs zum Reichstage noch verschlechtern. Den Postunterbeamten wird jeder sozial denkende Mensch die Anerkennung bei ihrem tatkräftigen Vorgehen nicht versagen können. Für sie war es eine unbedingte Notwendigkeit, ihre Kräfte zusammenzufassen und nicht in ihren Vereinen und Vereinchen der Versumpfung entgegenzutreiben. 34 Bezirke von 41 Oberpostdirektionsbezirken haben sich der neuen Vereinigung schon angeschlossen, welche mit einer Mitgliederzahl von über 63 000 an der Spitze sämtlicher Beamtenorganisationen marschiert. Nach Anschluß der noch fehlenden 7 Bezirke wird die Mitgliederzahl wohl nicht unter 90 000 betragen, eine Zahl, mit der im öffentlichen Leben zu rechnen sein wird. Bei richtiger Ausnutzung der in einer solchen Organisation schlummernden Kräfte werden die Postbeamten der unteren Kategorie sich dieselbe Bedeutung bei den maßgebenden Faktoren sichern wie die mittleren Beamten. Daß allen Postunterbeamten die neue Organisation, die selbstverständlich auf vaterländischem Boden steht, zum Segen gereiche, ist auch der Fernstehenden wohlmeinender Wunsch.

Die Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter.

Einen bedeutsamen Schritt auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge bilden die Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter. Ueber den Zeitpunkt ihrer Einführung verlautet, daß sie bestimmt für den 1. Januar 1910 in Aussicht genommen ist. Die Versicherung der Witwen und Waisen der Arbeiter bildet, wie die „Jns." erfährt, einen Bestandteil des „Gesetzentwurfes der Arbeiterversicherungsreform", an deren Fertigstellung augenblicklich gearbeitet wird. Hierzu werden bekanntlich von der zuständigen Behörde über einzelne Fragen Sachverständige gehört werden, die als Männer der Praxis jemals in den einzelnen Fällen ihr Urteil abgeben. Es ist noch fraglich, wann dieser gesamte Entwurf dem Reichstage vorgelegt wird. Voraussichtlich wird dies schon in der nächsten Reichstagssession geschehen. Allerdings wird es sich vor Weihnachten nicht mehr ermöglichen lassen, so daß die Vorlegung des Gesetzentwurfes um Ostern 1909 zu erwarten ist.

Das Elend der Lehrerangehörigen in Mecklenburg

wird wieder einmal durch die traurige Tatsache in Erinnerung gebracht, daß die Stadt Woldegk der Witwe eines verstorbenen Lehrers nicht einen roten Pfennig Pension zahlt. Nachträglich haben die Stadtväter der bedauernswerten Witwe für ihre beiden unversorgten Kinder im Alter von 2 und 4 Jahren eine jährliche Unterstützung von je 75 Mk. auf 5 Jahre bewilligt. Dabei zahlt dieselbe Stadt an viele Familien größere Summen als Armenunterstützung. Zahlreiche Einwohner sind denn auch der Ansicht, daß die Witwe des Lehrers ein Armengeld erhalte. Ja, das Armenhaus würde auch wohl die letzte Zufluchtsstätte der durch Altersschwäche oder Krankheit erwerbsunfähigen Lehrerwitwen Woldegks sein, wenn nicht die Angehörigen und die Lehrerschaft sich dieser Bedauernswerten annähmen.

Parteinachrichten.

— Nach einer Statistik des „Reichsanzeigers" verzeichnete bei den letzten Landtagswahlen die Freisinnige Volkspartei eine Zunahme von 3288, die Deutsche Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung zusammen eine Abnahme von 282 Wahlmännerstimmen. Abgesehen von der Sozialdemokratie und dem Zentrum hat die Freisinnige Volkspartei den größten Gewinn aufzuweisen. — Für die Wahlergebnisse der Freisinnigen Vereinigung ist, wie wir hierzu bemerken möchten, diese Statistik ganz und gar nicht beweiskräftig. So ist z. B. für Schlesien ein Manko von 723 Wahlmännern für Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung festgestellt. Das rührt einfach daher, daß diesmal überhaupt keine Kandidaten der Vereinigung aufgestellt waren, während Gotheim z. B. 1903 in Breslau allein über 500 Wahlmännerstimmen auf sich vereinigt hatte. In anderen Wahlkreisen, z. B. in Greifswald, Kolberg usw., haben die auf Vereinigungskandidaten gewählten Wahlmänner sich der Abstimmung enthalten, so daß ihre Ziffer bei der Statistik nicht in die Wagschale fällt. Berücksichtigt man dies, so war der Erfolg auch der „Vereinigung" relativ gut.

---

verletzende Bestimmung muß man dabei die für die preußischen Universitäten und für Rostock geltende Vorschrift betrachten, wonach Freiheitsstrafen bis zu zwei Wochen, und zwar ebenso Haft- wie Festungs- und Gefängnisstrafen, auf Antrag der gerichtlichen Vollstreckungsbehörden, im akademischen Karzer verbüßt werden können.

Von außerordentlich wichtiger Bedeutung für die Entwicklung des studentischen Lebens ist das studentische Vereins- und Versammlungsrecht. Wenn auch zunächst bei einer oberflächlichen Betrachtung dieses im ganzen einheitlich geregelt erscheint, so zeigt sich an einer Reihe Bestimmungen, die aufzuzählen zu weit führen würde, daß sehr beträchtliche und bezeichnende Unterschiede bestehen. Jedenfalls genießen die Studenten nicht die allgemeine Freiheit, die jedem Staatsangehörigen, jedem im Staate Lebenden zukommt. Ueber das studentische Versammlungsrecht gibt es eben zu wenige und zu dürftige Bestimmungen, und wo präzise Verordnungen vorhanden sind, repräsentieren sie sich, wie z. B. in Leipzig, als ein Ueberrest der alten akademischen Gerichtsbarkeit: „Der Universitätsrichter kann das Verhalten der Studierenden bei Versammlungen, sie mögen nun unter Studierenden oder mit anderen stattfinden, selbst überwachen oder durch einen Pedell überwachen lassen, der von ihm mit geeigneten Weisungen zu versehen ist. Findet die Versammlung nur unter Studierenden statt, so kann geeignetenfalls der Universitätsrichter oder der überwachende Pedell sie auflösen, wenn es sich aber um Teilnahme von Studierenden an Versammlungen anderer handelt, die Studierenden ohne weiteres aus der Versammlung wegweisen lassen."

Wenn man das Gesamtbild der rechtlichen Verhältnisse an unseren Universitäten überschaut, so fällt einem sofort ins Auge, daß in keinem der deutschen Bundesstaaten die Gesetze unserem modernen Fühlen und Denken voll entsprechen. Sie legen durchweg für den Studenten eine beschränkte Staatsbürgerstellung fest, und wenn auch in dem einen oder anderen Staate manche Verordnung einen modernen Geist atmet, so gilt für sie alle als Ganzes das Wort, mit dem der einstige preußische Ministerialdirektor Dr. Althoff die Universitätsgesetze des von ihm vertretenen Staates in öffentlicher Landtagssitzung charakterisierte; er bezeichnete diese Disziplinarvorschriften als ein Gesetz, „das nach unseren heutigen Begriffen sehr weit geht in der Beschränkung der akademischen Freiheit, so daß es für die jetzige Zeit eigentlich nicht mehr ganz paßt und man sich fragen kann, ob man nicht einmal an eine Revision dieses Gesetzes denken sollte." Eine solche Revision aber muß zwei Ziele verfolgen, sie muß einerseits die Bestimmungen in Einklang mit dem modernen Rechtsgefühl bringen und sie unterschiedslos für alle Hochschulen regeln. Zu diesem Zwecke erscheint es wünschenswert, daß die das Privatleben betreffenden Einschränkungen, die die Hochschule ja doch nicht durchführen kann, sowie alle Bestimmungen über das Duell wegfallen, das ja schon vom Strafgesetz verfolgt wird. Nur auf Gegenstände, die den Hochschulzweck und das Leben in der Hochschule selbst angehen, sollte sich in Zukunft die Gesetzgebung erstrecken. Weiter ist zu fordern, daß alle gesetzlichen Bestimmungen klar und eindeutig gefaßt sind, so daß die Behörden gar nicht in die Lage kommen, nach Willkür die Zügel locker zu lassen oder straffer anzuziehen. Nicht die Vertrauensstellung zwischen Lehrer- und Studentenschaft soll aufgehoben werden, wohl aber alles Patriarchalische und an „heitere Vertraulichkeit" Gemahnende, was statt des starren Rechtes ein mehr oder weniger großes Maß von Wohlwollen setzt. Was vielleicht gut und heilsam für den unfertigen, unreifen „Jungen" war, als der der deutsche Student bis etwa ein Jahrzehnt nach der Reichsgründung erscheint, das ziemt sich nicht mehr für den studierenden „jungen Mann", als den Professor Karl Lamprecht in einer Rede vor zwei Jahren den neudeutschen Studenten treffend bezeichnet hat.

P—ow.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080819021/fragment/page=0002

Schule.

Die Mädchenschulreform.

Die an den Kultusminister Dr. Holle gerichtete Kabinettsorder, durch die, wie wir bereits kurz meldeten, die Reform des Mädchenschulwesens die königliche Genehmigung erhalten hat, lautet wie folgt:

Auf Ihren Bericht vom 12. Juli d. J. ermächtige ich Sie, die höheren Mädchenschulen sowie die weiterführenden Bildungsanstalten für die weibliche Jugend als höhere Lehranstalten in den Aufsichtskreis der Provinzial-Schulkollegien mit der Maßgabe zu überweisen, daß hinsichtlich der Rang- und Titelverhältnisse der Direktoren und akademisch gebildeten Oberlehrer die für die höheren Lehranstalten der männlichen Jugend geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden. Dabei ist in der Weise zu verfahren, daß die mit Lyzeen, höheren Lehrerinnenseminaren oder Studienanstalten verbundenen öffentlichen höheren Mädchenschulen und die für sich bestehenden öffentlichen Lyzeen, höheren Lehrerinnenseminaren und Studienanstalten ebenso wie die Vollanstalten unter den höheren Lehranstalten für die männliche Jugend, hingegen die für sich bestehenden öffentlichen höheren Mädchenschulen wie die höheren Lehranstalten für die männliche Jugend mit geringerer als neunjähriger Kursusdauer behandelt werden.

Wilhelmshöhe, den 15. August 1908.

(ges.) Wilhelm, R.
(ges.) Holle.

Heer und Flotte.

Die Förderung der Motorluftschiffahrt

wird jetzt auch in Kiel erfolgen. Unter dem Vorsitz des Vizeadmirals z. D. Grafen Moltke versammelte sich gestern in Kiel eine Anzahl Herren im Konferenzzimmer der Höheren Schiff- und Maschinenbauschule zu einem Gedankenaustausch über die geplante Gründung eines Luftflottenvereins in Kiel. Herr Marineingenieur a. D. Claaßen hielt einen kleinen Vortrag über die Ziele des Vereins. Er erinnerte daran, daß Kiel eine große Zahl von Einrichtungen besitzt, deren Zerstörung im Falle eines Krieges eine Hauptaufgabe des Feindes sein werde. Deshalb habe unser Kriegshafen mindestens dieselbe, wenn nicht noch eine größere Berechtigung, als Berlin, Essen, Metz, Dresden usw., den Bau einer Ballonhalle und die dauernde Stationierung eines Lenkballons zu erstreben. Unsere Seeoffiziere und Marineingenieure würden sich ohne Zweifel recht bald auch in der Luft heimisch fühlen. Der Kieler Hafen bietet mit seiner geschützten Lage einen idealen Ankerplatz und die Industrie an der Förde ist in der Lage, alle Reparaturen usw. sofort ausführen zu können. Die Gründung eines Motorluftschiffahrt-Vereins, der sich über die ganze Provinz Schleswig-Holstein erstrecken soll, war das Ergebnis des Abends.

× Der nächste Truppentransport aus Deutsch-Südwestafrika trifft am 24. August mit dem Reichspostdampfer „Admiral" in Hamburg ein. Auf dem am 2. September in Hamburg eintreffenden Reichspostdampfer „Prinzregent" befindet sich das Ablösungskommando der in Ostafrika stationierten deutschen Kriegsschiffe.

Allgemeine Mitteilungen.

— In der Frage der Beamtenbesoldungsreform liegt jetzt völlige Uebereinstimmung im Reiche und in Preußen vor. Den gesetzgebenden Körperschaften, Reichstag und Landtag, werden die Besoldungsvorlagen tunlichst zu gleicher Zeit zugehen; Hand in Hand damit würden auch die Vorlagen über die Deckungsmittel eingebracht werden.

— Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hat an die sächsische Regierung und an den sächsischen Landtag eine Eingabe gerichtet, in der um Beibehaltung der gesetzlichen Bestimmung gebeten wird, daß die Festbesoldeten von ihrem Einkommen nur vier Fünftel zur Gemeindeeinkommensteuer einzuschätzen brauchen.

— Vor der Einwanderung mittelloser Leute nach Deutsch-Südwestafrika warnt dringend die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung", da es dort für weiße Arbeiter an Beschäftigung mangele.

— Der 5. Deutsche Zimmermeisterkongreß zu Essen nahm zur Frage des Anschlusses an den Arbeitgeberbund folgende Resolution an: „Der Deutsche Zimmermeisterbund zollt dem Arbeitgeberbund für seine Bestrebungen volle Anerkennung und befürwortet im Prinzip den Beitritt zum Arbeitgeberbund. Er überläßt es den Orts- und Unterverbänden, je nach den Verhältnissen dem Arbeitgeberbund in corpore beizutreten.

Ausland.

Ein tschechischer Reichsadler.

(Meldungen unseres Wiener Bureaus.)

Aus Aussig wird der „Deutschen Journalpost" geschrieben: Der tschechische Erfindungsgeist hat ein neues österreichisches Wappen konstruiert, um das staatsrechtliche Gewissen mit dem österreichischen Staatsgedanken in Einklang zu bringen. Seit einigen Tagen schmückt das Gebäude der K. K. Finanzlandesdirektion in Prag ein großer kaiserlicher Adler mit Krone, Szepter, Schwert und der Kette des Goldenen Vließes. Die ganze Mitte aber wird von einem Schilde eingenommen, das einen großen aufrechtstehenden Löwen, also das tschechische Wappen enthält. So ist also ohne weiteres das althistorische Wappen des Kaiserstaates umgändert und an seine Stelle ein tschechisch-österreichisches Wappen gesetzt worden, dem wohl bald andere folgen werden.

Ein Protest Lloyd Georges.

Aus London wird gemeldet: Bezügl. des Artikels des „Standard" vom 17. Aug. worin der Schatzkanzler Lloyd George und der Handelsminister Churchill beschuldigt werden, eine Aufsicht über die auswärt. Angelegenheiten zu führen, um Sir Edward Grey aus dem Amte zu treiben, hatte ein Korrespondent des „Daily Chronicle" in Baden-Baden mit dem Schatzkanzler eine Unterredung, in der Lloyd George ihn ermächtigte, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der gegen die Anklage heftig Protest erhoben wird. Er sagt darin, niemand habe größere Bewunderung für Grey, oder größeres Vertrauen auf seine große Fähigkeit, als er selbst und Churchill. Er hätte es nicht der Mühe für wert gehalten, ein Dementi zu geben, wenn die Geschichte nicht nach Deutschland telegraphiert und dort weit und breit veröffentlicht und dazu benützt worden wäre, den Eindruck hervorzurufen, als ob im englischen Kabinett eine Spaltung bestände.

Zur Frage eines internationalen Schiedsgerichts.

Eine Lissaboner Depesche besagt: Die Kammer stimmte dem Abschluß von Uebereinkommen mit Spanien, England, Schweden, Norwegen, Italien, der Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Dänemark und den Vereinigten Staaten zur Regelung der Frage eines internationalen Schiedsgerichts zu.

Abermals Ausweisungen.

Aus Petersburg wird der „N. J. K." von ihrem dortigen Korrespondenten geschrieben:

Aus Kirsanow (Gouvernement Tambow) sind neuerdings wieder 40 Juden ausgewiesen worden, die seit langem dort ansässig waren, und sogar zu den Zeiten Sipjagins und Plehwes unangefochten dort gewohnt haben. Jetzt sind sie nun ausgewiesen worden, obwohl erst kürzlich in einem Zirkular des Ministeriums verfügt wurde, daß Juden, die bis zum 1. August 1905 in den außerhalb des Ansiedlungsrayons gelegenen Orten gewohnt haben, nicht ausgewiesen werden sollen. Die jüdischen Familien von Kirsanow mußten aber sogar binnen 24 Stunden den Ort verlassen. Und trotzdem ist diese Ausweisung auf legalem Wege erfolgt! Wieso? Nun, das sogenannte Zirkular öffnet der Willkür trotz seiner scheinbar so klaren Bestimmungen ein ziemlich großes Hintertürchen. Es heißt nämlich, daß die Juden nur dann das Wohnrecht sollen behalten dürfen, wenn die örtliche Bevölkerung keinen Widerspruch erhebt. In Kirsanow haben nun die Juden wahrscheinlich einmal irgend einen Anführer des „echtrussischen Verbandes" getränkt, und infolgedessen erhebt nun „die Bevölkerung", das heißt ein Dutzend aufgestachelter Individuen Widerspruch gegen den Aufenthalt der Juden.

Die Rückkehr der Verbannten.

Wie dem „Brl. Tagebl." aus Konstantinopel gemeldet wird, sind dort 500 Personen eingetroffen, die unter dem alten Regime nach Aegypten verbannt worden waren; die Bevölkerung bereitete den Rückkehrenden einen festlichen Empfang. Der deutsche Gesandte v. Kiderlen-Wächter besuchte heute den ebenfalls aus der Verbannung in Damaskus zurückgekehrten Marschall Fuad Pascha, um ihm Nachrichten von seinem in Deutschland lebenden Sohne zu überbringen. In hiesigen deutschen Kreisen geht die Auffassung über den Passus in Kiamils Programm, der die Abschaffung der Kapitulationen fordert, dahin, daß diese Frage ohne jeden Zwang aus rein praktischen Gründen sich lösen werde, sobald die türkischen Gerichtshöfe zuverlässig sein werden. Der Lieblingssohn des Sultans, Burhaneddin hat die ihm angebotene Präsidentschaft über die neuen Militärklubs angenommen; die Bereitwilligkeit, mit der der Prinz auf den Wunsch der Offiziere eingegangen ist, ist von diesen mit großer Genugtuung begrüßt worden.

Kleine Tagesnachrichten.

— Die portugiesische Deputiertenkammer nahm eine Gesetzesvorlage an, derzufolge die Herkünfte aus denjenigen Ländern mit 100 v. H. Zollaufschlag bei der Verzollung in Portugal belegt werden können, welche portugiesische Waren ungünstiger verzollen, als die Waren anderer Länder. Hiermit will man einen Druck namentlich auf Deutschland und England ausüben.

Deutscher Handelsgärtnertag.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Frankfurt a. M., 18. August.

Unter zahlreicher Beteiligung der Handelsgärtner aus ganz Deutschland trat hier der zweite Deutsche Handelsgärtnertag zusammen. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden des Frankfurter Vereins, erstattete der Verbandsvorsitzende Ziegenbalg (Dresden) den Geschäftsbericht. Danach umfaßt der Verband augenblicklich 56 000 Mitglieder. Das Vereinsvermögen beträgt zurzeit 26 000 Mk.

Hierauf referierte der Generalsekretär Beckmann (Berlin-Rixdorf) über Gärtnerei und Gewerbeordnung. Seine Ausführungen gipfelten in folgender Resolution:

„Der zweite Deutsche Handelsgärtnertag protestiert gegen die Behandlung und Erledigung der gärtnerischen Rechtsfrage bei der jetzt dem Reichstage vorliegenden Novelle zur Gewerbeordnung, wie eine solche durch die Anträge Molkenbuhr und Behrens zum § 154 verlangt wird, da die vor Reichsregierung und Reichstag an die Lösung dieser Frage geknüpften Vorbedingungen in keiner Weise erfüllt sind. Der Handelsgärtnertag wiederholt die in Mannheim 1907 ausgedrückte Stellungnahme, im Prinzip nicht gegen die Unterstellung der gärtnerischen Arbeitnehmer unter die Reichsgewerbeordnung zu sein, verlangt jedoch eine allgemeine gleichmäßige Lösung dieser Frage und volle Wahrung der Eigenheiten des gärtnerischen Berufs, der sich nach wie vor durchaus als zur Landwirtschaft gehörig betrachtet."

Die Resolution gelangte zur Annahme. — In einem weiteren Referat von Schröter-Hasse (Kiel), der gegen die Härten der Grund- und Wertzuwachssteuer für die Gärtnereien protestierte, wurde nach längerer Debatte beschlossen, statistisches Material zu sammeln und den Vorstand zu beauftragen, eine systematische Agitation gegen die Landsteuer einzuleiten. — Danach sprach Becker (Frankfurt) über die Gärtnerei innerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Die Wünsche des Referenten gingen dahin, daß die Genossenschaftsbeiträge für die Gärtner herabgemindert werden möchten und daß es wünschenswert erscheine, daß die Handelsgärtner auch in der Berufsgenossenschaft eine eigene Vertretung haben. — Die weiteren Gegenstände betrafen interne Verbandsangelegenheiten.

7. Deutscher Taubstummen-Kongreß.

(Von unseren Berichterstattern.)

(Nachdr. verb.) S. u. H. München, 18. August.

Im großen Saale des Hotels „Union" begannen hier die Verhandlungen des 7. Deutschen Taubstummen-Kongresses, zu dem sich über 600 Taubstumme eingefunden haben. Auch aus Frankreich, Italien, Oesterreich und der Schweiz, Dänemark und Amerika sind Vertreter erschienen. In der Eröffnungssitzung begrüßte Stadtschulinspektor Sixt die Delegierten namens der Stadt München und der Taubstummenlehrer Wild (München) teilte diese Ansprache durch Gebärden der Taubstummensprache den Teilnehmern des Kongresses mit. — Aus den Verhandlungen ist mitzuteilen, daß die Taubstummen die Einführung des allgemeinen Schulzwanges für Taubstumme und Heime für altersschwache und erwerbsunfähige Taubstumme fordern. Auch soll der Unterricht der Knaben praktischer gestaltet werden und der Unterricht für Mädchen auch in der Haushaltung und im Kochen erfolgen. Für Gehörlose soll eine Zentralanstalt gegründet werden, die den Schülern höheres Wissen und höhere praktische Bildung beibringen. Die Unterrichtsfächer, in denen theoretisch und praktisch unterrichtet werden soll, sind folgende: Chemie, Physik, Mathematik, Mechanik und Elektrotechnik, sowie Zeichnen und Modellieren.

An die Kultusministerien der verschiedenen deutschen Staaten soll das Ersuchen gerichtet werden, an die Lehrer- und Geistlichen-Seminare die Anweisung ergehen zu lassen, daß den angehenden jungen Lehrern und Geistlichen ein knappes Bild über das Wesen und die Behandlung der Taubstummen gegeben wird. — An die geschäftlichen Verhandlungen schloß sich ein Festmahl, bei dem Taubstummenlehrer Wild in der Zeichensprache den Trinkspruch auf den Kaiser, Kunstmaler H. Fick (Neupasing) ein Hoch auf den Prinzregenten ausbrachte.

Später gelangten zwei Pantomimen „Die schöne Amerin" und „Der falsche Hauptmann" zur Aufführung. Die bei den Taubstummen besonders ausgeprägte Mimik kam hierbei in künstlerischer Weise zum Ausdruck. — Die Darstellungen fanden lebhaften Beifall. Ebenso ein von Oberingenieur Bösmiller verfaßter Prolog, der einmal in der Lautsprache und einmal in der Zeichensprache zum Vortrag gelangte.

Geschäftsverkehr.

Nordseebad Wyk auf Föhr, 17. Aug. Unter den vorgestern eingetroffenen Kurgästen befinden sich die Fürstin Herbert von Bismarck und deren Kinder, darunter Fürst Otto v. Bismarck, nebst Gefolge. Die hohen Herrschaften nahmen in der Villa „Alue" am Südstrand Wohnung.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: i. V. Wilhelm Georg; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten —

Jetzt ist die Zeit,
wo Frucht-Puddings und Flammeries gegessen werden sollten. Dieselben erhalten unter Verwendung von
MAIZENA
einen delikaten Geschmack und hohen Nährwert. Rezepte befinden sich auf den bekannten gelben Paketen à 1 und ½ Pfd. engl. Man weise Nachahmungen zurück.

Der Eingang der hervorragenden
Herbst-Neuheiten
hat begonnen und erhält durch weiteren täglichen Zugang seine vollkommenste Ausstattung.
Als grösstes Kaufhaus der Provinz Sachsen entspricht die Auswahl dem grossen Umfange des Etablissements und gelangen nur bewährte und auf ihre Solidität hin sorgfältig geprüfte Qualitäten zum Verkauf.
Geschäftshaus (14406
J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080819021/fragment/page=0003

Das Stromgebiet der Saale

nach ihrem Austritt aus Bayern, also Thüringische Staaten, Anhalt und Provinz Sachsen, bilden in der Hauptsache den Verbreitungsbezirk der **„Saale-Zeitung“** — 42. Jahrgang. — Die täglich zweimal erscheinende reichhaltige politische Tageszeitung mit ausgedehntem Börsen- und Handelsteil wird in den wohlsituierten Kreisen von Industrie und Landwirtschaft viel gelesen.

Inserate aller Art haben anerkannt guten Erfolg!

Verlangen Sie Probenummern und Kostenvorberechnung von der **Anzeigen-Geschäftsstelle, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63, I.** Telephon 590, 591, 176.

Beginn neuer Kurse.

Akadem. Lehr-Institut für feine Damenschneiderei.
Rannischestr. 14. von **Luise Braun.** **Rannischestr. 14.**
Gründlicher Unterricht im **Maßnehmen, Schnittzeichnen, Zuschneiden** und **Garnieren** in einmonatl. Kursus, mit **Anfertigen von Kleidern** in 2–3 monatl. Kursus nach neuem sehr leicht faßlichem und mehrfach preisgekröntem System. Beginn neuer Kurse jeden 1. und 15. des Monats. Anmeldungen vormittags.

Photographie Benckert.

Gegründet 1856. **29 Gr. Ulrichstr. 29.** Gegründet 1856.

Preise für **Glanzbilder:**		Preise für **Mattbilder:**	
12 Visit	**3,00 ℳ**	**12 Visit**	**4,50 ℳ**
12 Kabinet	**6,00 ℳ**	**12 Kabinet**	**8,00 ℳ**
12 Viktoria	**4,25 ℳ**	**12 Viktoria**	**5,75 ℳ**

— in bekannt tadelloser Ausführung und Haltbarkeit. — 11257

Blendend weisse Wäsche

erzielt man mit

Dr. Thompson's SEIFENPULVER

Dr. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER

½ ℔ Paket **15** Pfg.

Bulwers ausgewählte Romane,

6 Bände.

Die letzten Tage von Pompeji. Preis broschiert 1.00, in Leinenband 1.25, in eleg. Geschenkband 2.50.
Rienzi, der letzte der Tribunen. Preis broschiert 1.75, in Leinenband 2.00, in eleg. Geschenkband 3.50.
Eugen Aram. Preis broschiert 1.50, in Leinenband 1.75, in eleg. Geschenkband 3.00.
Nacht und Morgen. Preis broschiert 1.00, in Leinenband 1.25, in eleg. Geschenkband 2.50.
Pelham oder Begegnisse eines Weltmannes. Preis broschiert 1.50, in Leinenband 1.75, in eleg. Geschenkband 3.00.
Zanoni. Preis broschiert 1.25, in Leinenband 1.50, in eleg. Geschenkband 2.50.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Vollständige Kataloge der **„Hendel-Bibliothek“** — bis Juni 1908 erschienen 2095 Nummern — werden in jeder besseren Buchhandlung unentgeltlich ausgegeben.

Halle (Saale). Otto Hendel Verlag.

Das Beste von dem Guten, das die Literaturen der Kulturvölker bieten, vermittelt in schönen u. billigen Ausgaben die Hendel-Bibliothek. „Ueber Land u. Meer.“

Man verlange stets die **„Hendel-Ausgabe“.**

Generalvertreter!

Wir beabsichtigen den Vertrieb eines Massenartikels (Ladenpreis 15 Pfg.) einem geeigneten Herrn zu übertragen. Das Absatzgebiet ist jedes Drogen-, Kolonial- und Haushaltungsgeschäft, der Umsatz ist enorm und wird durch Reklame unterstützt. 14415
Herren, welche über einige 1000 Mk. bar verfügen, wollen sich wenden an: **Esselmann & Co., Hannover-List.**

Vertreter gesucht.

Bedeutende Fabrik der Putzmittelbranche sucht für Halle und Umgegend bei den Drogen-, Kolonial- und Haushaltungswaren-Geschäften gut eingeführten Herrn als Vertreter unter günstigen Bedingungen. Ausführliche Off. unter **P. 24062** an die Exp. d. Ztg. erbeten. 14272

Für Kontor und Reise.

Zum baldigen oder späteren Antritt suche ich einen erfahrenen, umsichtigen, militärfreien

Kaufmann

durchaus selbständigen Arbeiter, für Kontor mit späterer Aussicht für die Reise zu engagieren. Geeignete, namentlich im Verkehr mit der Kundschaft wirklich gewandte Bewerber wollen Lebenslauf mit Zeugnisabschriften, Photographie, sowie Angabe der Gehaltsansprüche einsenden an 14414

C. H. Oehmig-Weidlich in Zeitz,
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik. Seifen- und Parfümeriefabrik,

Für meine **Versicherungs-Abteilung**
Leipziger Feuer-Versich.-Anstalt v. 1819, Berlinische Lebens-Versich.-Ges. v. 1836, „Rhenania“, Unfall-, Haftpflicht-, E.-Diebstahl- und Transportbranche
suche ich für **Außentätigkeit** in **Halle** und **Umgegend** einen

zuverlässigen Herrn

bei **festem Gehalt** und **guten Nebenbezügen.** Erbitte gefl. schriftliche Offerten. **G. H. Fischer, Königstraße 2.**

Zur Hühnerjagd

empfehle:

Joppen und **Anzüge** aus Schilfleinen.

Qualitäten und Fassons nach Auswahl.

Loden-Anzüge
Loden-Joppen.

Wasserdichte **Pelerinen.**

Rucksäcke
Gamaschen.

S. Weiss, am Markt.

Der Abt von Ebrach.

Erzählung a. d. Bauernkrieg v. **Max Leythäuser.** Preis 3 M.

Der Abt von Ebrach ist in diesem Genre wohl eine der hervorragendsten Erscheinungen der gegenwärtigen Literatur und darf, was dichterische Schönheit, wie Form und Bilderreichtum der Sprache anlangt, dem Besten hinzugezählt werden, was bislang der deutschen Leserwelt geschenkt wurde. Der „Abt von Ebrach“ ist in erster Linie hochdramatisch. Der Erzähler versteht es, wie nicht leicht ein Zweiter den Nerv des Lesers vom ersten bis zum letzten Kapitel gespannt zu halten. Mit ehernen Schritten, als eine notwendige Entwicklung aus sich sebst heraus, schreitet das Geschick seine Bahnen und vermag oft unser Seelenleben auf das Tiefste zu erschüttern. Die Lektüre des Abtes von Ebrach ist allein schon wegen seiner vornehmen und edlen Diktion ein Genuß, wird aber auch durch die Art und Weise, wie der Dichter seine Charaktere zu schildern weiß, auf ein seltenes Piedestal gestellt.

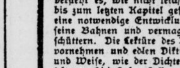
Das verhexte Kloster.

Nach den Akten dargestellt von **Anton Memminger.** Preis 2 M.

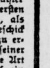
Soviel Wahrheit zum Entsetzen und soviel Unsinn zum Totlachen stehen selten in einem Buche nebeneinander. Der Unsinn ist aber aktenmäßig und stammt nicht etwa aus dem finsteren Mittelalter, sondern aus dem Zeitalter der „Aufklärung“, aus dem 18. Jahrhundert. Gleichwohl ist es das erstemal, daß ein Schriftsteller das große urkundliche Material über den an der Supriorin Maria Renata Singer von Mossau aus München in Würzburg verübten Justizmord, welches in unseren Archiven lagert, in seinem ganzen Umfange benutzt hat. Bisher haben die Geschichtsschreiber im guten Glauben die ersten Berichte, die zum Teil tendenziös gefärbt und entstellt waren, von einander abgeschrieben. Das mit großem Fleiß, Sachkenntnis, Gewandtheit und Objektivität geschriebene Werk wird nicht blos Historikern, Theologen, Juristen, Medizinern und Psychologen, sondern auch allen Laien das größte Interesse bieten.

Memminger's Verlagsanstalt, Würzburg.

Calciumcarbid — **Autogene Schweissanlagen** — Sauerstoff.
fabriziert und liefert als Spezialität
Hans Herzfeld, Halle a. S.,
Mansfelderstraße 45. Telephon 807. 14445
Anlernen in der Lehrwerkstätte kostenlos.



I. Hall. Versicher. geg. Ungeziefer.
Johannes Meyer, Goethestr. 11.
Vertilg. v. Ungez. unt. Garantie.
Zahlung nach Erfolg. (14



Gesucht

von **bestrenommierter** 14419
Maschinenfabrik
Norddeutschlands rühriger
Vertreter
für die Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt für Zoelly-Dampf-Turbinen, Kondensations-Anlagen, Dampfpumpen, raschlaufende Dampfmaschinen stehender Bauart. Eisenguß. Selbiger muß Ausbildung als Ingenieur erfahren haben, kaufmännische Schulung nachweisen können und gut eingeführt sein. Nur erste Kräfte wollen sich melden. Offerten unter **B. U. 9605** an **Rudolf Mosse, Bremen.**

Gernrode a. Harz.

Bahnstation Quedlinburg-Aschersleben, sowie der Harzquerbahn Gernrode-Nordhausen. Luftkurort in prachtvoller Lage, unmittelbar an herrl. Buchen- und Fichtenwaldungen. Ausgangspunkt der schönsten Harzpartien (Selketal, Bodetal usw.), gegen Nord- und Ostwinde geschützt, mildes Klima, Quellwasserl., Lichtwerk i. E., 3 Aerzte, rühmlichst bekanntes Sanatorium für Nervenleidende (Dr. Facklam), Töchterpensionate, billige Wohnungen. Infolge niedriger Steuern für dauernde Niederlassung sehr geeignet. Nähere Auskunft erteilt gern der Magistrat. 10400

Berghotel Ravensberg

b. Bad Sachsa a. Harz.

Vom 15. August ab gebe volle Pension von ℳ 4.— ab bei voller Verpflegung. Frische anregende Gebirgsluft. 13760
H. Gänsehals, Besitzer.

Bad Sachsa Erholungsheim „Waldhaus“ für Herz-, Nerven-Kranke und Blutarme. (8057
Prospekte. Bes.: **Dr. Lohrengel.**

Sommerfrische Leutenberg i. Thür.

Näheres: **Verschönerungsverein.** 9530

Buxtehude Maler-Schule
Ausgez. d. gold. u. silb Med.
Prosp. d. **Eiserwag,** Dir.

Optische Waren
preiswert u. gut Gr. Ulrichstr. 1a.
Otto Unbekannt

Uebermorgen Ziehung!
Große Königsberger
Geld-Lotterie.
Hauptgew. Mk. 75000 bar.
Lose empfehlen und versenden
Pettrich & Kepsch, Halle a. S., Talamtstr. 6.

H K

Hallesches Kohlenwerk
G. m. b. H. 7261
Fernspr. 782. Brüderstr. 11.
Briketts
Pressteine.

Seit Jahren

zahle höchste Preise f. getr. Damen- u.
Herrenkleider
— ganze Nachlasse —
Schuhwerk, Altertümer, Gold- u. Silbersach., Musikwerke, Pianinos, Fahrräder, Nähmaschinen, Möbel, Wäsche, Betten, Pfandscheine, auch neue Waren aller Art. Pr. Postkarte bestellt, komme sofort, auch außerh.
Renner, 2631
Schülershof Nr. 1.

Haben Sie schon **16 A. E.** Wolle (Pfund 3,00 ℳ) probiert bei **H. Schnee Nachf.,** Gr. Steinstr. 84.

Drehbänke,

Hobel-, Shaping-, Bohr-, Form-, Gewindeschneid-, Schmirgel- und Blechrichtemaschinen, sowie **Schraubstöcke, Drehstähle, Stahl, Kluppen, Flansche, Ventile, Taue, Feilen, Bleche, Nutzeisen, Träger** usw. verkauft billig: 14428
Herm. Eisentraut, Halle a/S.,
Delitzscherstr. 29.
Lokomobilen zu Kauf u. Miete.

Ia. holländische **Torfstreu**
Bruno Mandowsky, Duisburg a. Rhein. 11517

Die Volksküchen

befinden sich I.: **Brunoswarte 31,** II.: **Rathausstr. 16.**

1 ganze Portion zu 25 Pfennig,
1 halbe „ „ 13 „

Marken zu ganzen und halben Portionen, welche an beliebigen Tagen in beiden Küchen verw. werden können, sind zu haben bei Herrn Kaufmann **Hille,** Geiststraße 68, bei Herrn Kaufmann **Ludwig Barth,** Leipzigerstr. 80, Nähe des Leipziger Turmes, und bei Herrn **Möbius,** Ritterstr. 5.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr
Gr. sensationelle Vorstellung
im
Feen-Theater.
Gewöhnliche Preise. 14448

Zoolog. Garten 14425

Freitag, den 21. August
Winzer-Fest
— Wein vom Faß —
— Illumination des Gartens —
— Konfetti-Werfen —
— Prager Kapelle —
Großes Brillant-Feuerwerk,
ausgeführt von den Pyrotechnikern **Gebr. Pfeiffer.**
Von nachm. 4½ Uhr bis abds. gegen 10½ Uhr
Gr. Elite-Konzert
des
Leipziger Tonkünstler-Orchesters
(Leitung: Kapellmeister **Günther Coblenz.**)
Eintrittspreis:
Erw. 60 ₰, Kinder 30 ₰.
Von abds. 7 Uhr ab pro Person 35 ₰, inkl. Billettsteuer.

Etablissement
Wintergarten
Magdeburgerstraße 66.
Im Restaurant u. Café
Vorzüglicher Mittagstisch.
Suppe 2 Gänge, Nachtisch, i. Ab. für 90 Pfg.
Reichhalt. Abendkarte.
Gut gepflegte Biere u. Weine.
Von 7 Uhr ab
tägl. erstkl. Künstler-Konzerte
unter Direktion
H. Kapl. Friedland.
Vereinsz. von 20—100 Person. noch in der Woche frei. (13455
Paul Zscheyge.

„Pilsener Hof“
Wilhelmstr. 43.
Sonnabend **Kegelbahn frei.**

Jed. Donnerstag u. Montag Schlachtefest,
Bernhard Borgis,
114 Domplatz 10. Tel. 1833.
Feinste Rot-, Leber- u. Schwartenwurst à Pfd. 1 Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080819021/fragment/page=0004